

Beschluß der Delegiertenkonferenz der Betriebsparteiorganisation wurde inzwischen im Arbeitsplan der Parteileitung genau festgelegt, wie die Durchführung der Rationalisierungskonzeption unter parteimäßiger Kontrolle genommen wird. Dabei beachteten die Genossen sehr richtig den Hinweis des Genossen Walter Ulbricht auf dem 14. Plenum, daß die Partei nicht etwa die Aufgabe hat, Verwaltungsfunktionen des Staatsapparates durchzuführen, sondern daß ihre Aufgabe darin besteht, „die Grundprobleme der gesellschaftlichen Entwicklung zu studieren, zu beraten und Einfluß zu nehmen auf alle Organe, damit die Lösung dieser Grundprobleme in der Praxis erfolgt, damit die Menschen diese neuen Probleme verstehen und aus eigener Erkenntnis, aus eigener Initiative richtig handeln“.

Die Beratungen in der Leitung der Betriebsparteiorganisation und in den APO-Leitungen über die Realisierung der bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen und die Vorbereitung der nächsten Maßnahmen sind wichtige Voraussetzungen für die Durchführung der politisch-ideologischen Arbeit in den Abteilungsparteiorganisationen und Parteigruppen und dienen zugleich der Parteikontrolle über die Erfüllung der Planaufgaben. Die ersten Erfahrungen der Plandurchführung werden in dem Teltower Betrieb auch in den Mitgliederversammlungen zur Auswertung der 14. Tagung des ZK in Verbindung mit einer Einschätzung der bisherigen Vorbereitung des VII. Parteitages auf der Grundlage der Reden des Genossen Walter Ulbricht in Halle und Dresden zur Diskussion stehen.

Es entspricht den Grundsätzen unserer Partei, daß die ökonomischen Aufgaben, die zu lösen sind, in engem Zusammenhang mit den Problemen der Lösung der nationalen Frage in Deutschland behandelt werden. Dazu gehört, daß die Betriebsparteiorganisationen auf der Grundlage der Rede des Genossen Walter Ulbricht auf der 14. Tagung des ZK die Zusammenhänge der Entwicklung in Westdeutschland erläutern und die Gemeinsamkeitspolitik der CDU/CSU und der SPD-Minister, den aggressiven Inhalt ihrer Alleinvertretungsmaßnahme und ihres Kampfes um die Vorherrschaft des westdeutschen Imperialismus in Europa entlarven.

Unser Weg des umfassenden Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist dazu eine wirkliche Alternative, weil er durch die Menschen und für die Menschen gestaltet wird.

### Es geht um eine höhere Qualität der Parteiarbeit

Genosse Walter Ulbricht hat in seinem Schlußwort auf dem 14. Plenum auf die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und Werkdirektoren sowie auf die Verordnung über die Aufgaben, Rechte und Pflichten der volkseigenen Produktionsbetriebe hingewiesen. Jede Betriebsparteiorganisation muß sich darüber im klaren sein, daß die erhöhte Verantwortung der Betriebe in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems auch höhere Anforderungen an die Qualität der Parteiarbeit stellt.

Die größere Tragweite der Entscheidungen des Leiters verlangt eine umfassendere Teilnahme der Werktätigen an der Leitung des Betriebes. Die weitere Verwirklichung der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems ist darum untrennbar verbunden mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Es kommt jetzt darauf an, mit der Durchführung des Planes 1967 diese Verordnung in die Tat umzusetzen. Die Diskussion zu dieser Verordnung hat den Parteiorganisationen gezeigt, daß sie ihre politische Führungsarbeit vor allem, darauf richten müssen, daß die materiellen und finanziellen Fonds voll wirksam gemacht werden, daß die Qualität der Erzeugnisse ständig verbessert wird, die Arbeitsproduktivität steigt und sich die sozialistischen Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen ständig weiterentwickeln.

Ein besonderer Schwerpunkt ist im Jahre 1967 der Kampf um die Senkung der Kosten bei weiterer Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse.